

Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V.

Walter Reuschling, [REDACTED]

Konto: [REDACTED]

Liebe Mitglieder und Freunde!

13. Dezember 1994

Die GfSU ist mit ihrem letzten Mitglieder-Rundbrief vom 25. 9. 1994 wieder mal voll ins Fettnäpfchen getreten - diesmal werden wir gar von dem Umweltverband **BUND** angegriffen und von dessen Verbands-Justitiar um Abdruck einer „Gegendarstellung“ entsprechend §11 Landespressegesetz gebeten. Dies machen wir natürlich gerne - auch einen formlosen Brief hätten wir abgedruckt; denn wir freuen uns über jeden Diskussionsbeitrag.

Gegendarstellung

Die Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland hat in ihrem Mitteilungsblatt an Mitglieder und Freunde vom 25.09.1994 auf Seite 1 unter der Überschrift "Milchanalysen und BUND" u.a. behauptet, der BUND-Landesvorsitzende Dr. Breitinger habe die Veröffentlichung aller Ergebnisse der Milchproben-Untersuchung vom 16.04.1994 verboten. Das ist nicht richtig!

Richtig ist: Die Ergebnisse der Untersuchung aller sechs am 16.04.1994 gezogenen Milchproben lagen im Breich der PCB-Kongenere bei "nicht nachweisbar" bis 10 µg/kg Einzelsubstanz und bei 8 - 22 µg/kg MilCHFett für die Summe.

Die Veröffentlichung dieser Feststellung ist niemals untersagt worden. Der BUND-Landesverband Ba-Wü hat sie in seiner Presseerklärung vom 19.08.1994 bekannt gegeben.

Der Vorstand des BUND-Landesverband Ba-Wü hat lediglich verboten die zu den Einzelergebnissen gehörige ranking-Liste in einer bestimmten Belastungsrangfolge zu veröffentlichen, weil die Einzelergebnisse unter Berücksichtigung der Fehlerbreite nicht mehr nach einer bestimmten Rangfolge differenzierbar waren. Denn damit würde für den Laien eine bestimmte bewertbare Genauigkeit vorgetäuscht werden. Dagegen haben sich die beteiligten Molkereien gewehrt. Dr. Breitinger selbst hat nichts verboten! Er hat lediglich auf die entsprechenden Entscheidungen des Vorstandes des BUND-Landesverband hingewiesen.

Ende der Gegendarstellung

Unsere Meinung zu diesem Streitpunkt ist wie folgt:

- a) Der BUND Heilbronn hätte im Juli 1994 gerne die Milchwerte in gewohnter Form veröffentlicht. So bittet der BUND-Vorstand Heilbronn am 19. Juli 1994 den BUND-Landesvorsitzenden Dr. Breitinger um „...Zustimmung...“ „... , damit eine Information an die Mitglieder erfolgen kann.“ Mit Schreiben vom 19. Juli 1994 zieht sich Dr. Breitinger hinter die Beschlüsse des Landesvorstandes zurück: „Alle Mitglieder und Mitarbeiter des BUND-Landesverbandes Ba-Wü sind angewiesen, sich an die Beschlüsse des Landesvorstandes zu halten.“

- b) Es geht bei der Veröffentlichung nicht um eine Reihenfolge (ranking-Liste), sondern um die Bekanntgabe von Zahlenwerten mit Zuordnung zu bestimmten Milchproben. Die Presseveröffentlichung des BUND-Landesverbandes vom 19. August 1994 enthielt allgemeine Angaben, aber keine Angaben zu den Belastungen einzelner Proben - siehe 2. Absatz der Gegendarstellung. Die Presseveröffentlichung hat für den Verbraucher keinen direkt ableitbaren Nutzen.
- c) Für uns erscheint bedenklich, daß durch diese Maßnahmen ein umweltpolitisch erfolgreiches Projekt, an dem seit 6 Jahren gearbeitet wird und in das viel Geld geflossen ist, stark bedroht ist. Wir meinen, daß ein Umweltverband auf der Seite der Verbraucher stehen muß und diese über den Schadstoffgehalt ausgewählter Lebensmittel informieren soll. Daß ein Teil der Milchwerke damit nicht einverstanden sind, ist verständlich (Milchwerke Tübingen eG: „Einer Veröffentlichung unserer Ergebnisse widersprechen wir.“; Südmilch AG: „... von der Veröffentlichung der vorliegenden Untersuchungsergebnisse bis auf weiteres Abstand genommen wird.“), daß aber ein Umweltverband nicht mehr den Mut hat, nach einem anerkannten Verfahren ermittelte Werte zu nennen, stimmt nachdenklich. Schließlich veröffentlicht die Zeitschrift „Öko-Test“ bereits seit Jahren Meßergebnisse von Einzelproben mit Namensangaben und Zahlenergebnissen. Diese Zeitschrift führt sogar Begriffe wie „empfehlenswert“ und „weniger empfehlenswert“ ein, von denen wir uns weit entfernt gehalten haben.
- d) Wir brauchen in unserer derzeit überwiegend ökonomisch orientierten Gesellschaft starke und mutige Umweltgruppen, die sowohl vor Ort als auch auf Landes-/Bundesebene erfolgreich agieren. Wenn aber ein großer Verband wie der BUND anfängt, mit kleinen Umweltgruppierungen wie der GfSU juristisch zu verhandeln, dann sehen wir für die Zukunft schwarz - wie weit ist es dann noch zu den berühmten Töpferschen Atomweisungen?

Jetzt können wir nur noch hoffen, daß wir aufgrund der obigen Argumentation nicht vom BUND verklagt werden.

Mit den besten Wünschen für frohe Weihnachten und einem guten atomfreien Jahr 1995



Stellungnahme des BUND-Regionalverbandes Franken:

Liebe Mitglieder der GfSU,

Sie haben unser Schwerpunktprogramm „Umweltschutz durch bewußtes Verbraucherverhalten“ in den vergangenen sechs Jahren durch Übernahme der Kosten für die Untersuchung von Milchproben wesentlich unterstützt. Herzlichen Dank!

Einen Teil dieser Ausgabe des Rundbriefes mußten Sie für eine Gegendarstellung des BUND-Landesverbands zur Verfügung stellen. Ich bedauere dies und hoffe auf Fortsetzung der fruchtbaren Zusammenarbeit.

Zweckmäßig erscheint mir z.B. folgendes Vorgehen:

Die GfSU übernimmt die Kosten der Analysen, deren Ergebnissen von den Abfüllern bzw. Erzeugern nicht widersprochen ist. Im Gegenzug erlaubt unser Landesverband der GfSU, diese Werte in Verbindung mit dem Namen des Abfüllers als erste zu veröffentlichen und gleichzeitig anzugeben,

- a) welche Betriebe der Bekanntgabe der in einer Probe ihrer Milch festgestellten Konzentrationen widersprochen hatten und
- b) wie der jeweilige Widerspruch begründet wird.



Vorsitzender des BUND-Regionalverbandes Franken, 8.12.1994

Der folgende Text, den wir der Bürgerinitiative ELMAG aus Metelen verdanken, ist das Wortprotokoll einer Sendung des Dritten Programms des WDR-Fernsehens, ausgestrahlt am 30. März 1994. Manchen unserer Leserinnen und Leser wird der Inhalt darum bekannt sein. Wir finden den Text jedoch so gründlich und sachkundig, das wir ihn allen Leserinnen und Lesern des Meßwert-Info bekannt machen möchten.

JF

Man riecht sie nicht, sie macht keinen Dreck, sie geht durch Wände, sie ist überall: Mikrowellenstrahlung

In jedem zweiten westdeutschen Haushalt ist der Mikrowellenherd zu finden. Es geht eben gar so einfach und schnell. Seitdem es diesen Liebling gibt, stellen sich Verbraucher wie auch Wissenschaftler die Frage, ob er denn nun schädlich ist oder nicht. Bezogen wird die Diskussion immer auf die Leckstrahlung, also das, was an Mikrowellen bei Betrieb aus dem Ofen kommt.

Die Industrie beruhigt meist mit dem Verweis auf ihre selbstgeschaffene DIN-Norm und die besagt, aus dem Gerät herauskommen dürfen 5 mW pro cm² in 5 cm Abstand. Und das Bundesamt für Strahlenschutz sagt, auf den Menschen treffen darf nur 1 mW pro cm². Zumindest bei uns in Deutschland. Andere Länder denken ganz anders darüber. Vor allem der Osten ist vorsichtiger und hat – wie die GUS – einen sogenannten Emissionsgrenzwert von 0,1 mW/cm². Also gerade mal 1/50 von unserem.

Dr. Andreas Varga von der Uni Heidelberg meint zurecht: In seinem Hühnereier-Versuch genügte schon die Hälfte unseres Emissionsgrenzwertes, um die Küken sterben zu lassen. Je 1.800 Eier bestrahlte Varga fünf Tage acht Stunden lang mit verschiedener Mikrowellenintensität. Danach kamen sie wieder in's Nest. Meßergebnis: Bei 2, bei 2,5 und bei 3,0 Milliwatt pro Quadratzentimeter schlüpfte kein einziges Küken mehr aus. Laut dem Institut für Mensch und Natur gibt es noch mehr Tests, die die Gefährlichkeit der Mikrowellen in kleineren Dosen zeigen.

1969 Der tschechische Forscher Marha testete 200 Menschen, die mit Mikrowellen arbeiteten. Fast alle klagten über neurologische Beschwerden wie Augenschmerzen und Schwindelgefühl. Sie waren 0,1 mW/cm² ausgesetzt.

1974 Czerski spricht von vermindertem Eisentransport in den roten Blutkörperchen (0,3 mW/cm²).

1976 Der amerikanische Wissenschaftler Baranski bestrahlt Ratten mit einem Zehntel des Grenzwertes (0,5 mW/cm²). Es zeigt sich eine signifikant verminderte, motorische Aktivität.

Ebenso veränderten sich die Gewichte der Nebennieren.

1981 Aday testete Meerschweinchen bei 1 mW/cm² und Mäuse bei 0,5 mW/cm² und berichtete von abnormalen Rhythmen der Reifungsprozesse der Knochenmarkszellen.

„Ich – als ganz normale Hausfrau – brauche keine Angst zu haben, wenn ich eine Mikrowelle anschalte?“

Jürgen Bernhard (Bundesamt für Strahlenschutz): „Sie brauchen keine Angst zu haben, die Mikrowelle ist technisch sicher – sowohl was die Zubereitung von Lebensmitteln betrifft, wenn man die Gebrauchsanweisung beherzigt, als auch was die sehr schwache Leckstrahlung betrifft. Es sind also weder Schwangere noch Kleinkinder gefährdet, noch besteht ein erhöhtes Krebsrisiko.“

„Gibt es schon wissenschaftliche Daten darüber, was denn Mikrowellenstrahlung überhaupt beim Menschen verursachen kann?“

Prof. Käs, Universität der Bundeswehr München: „Die Möglichkeiten sind sehr vielfältig. Die gehen von Zellschädigung, von einer Zellproliferation aus, daß es also zu ungethemten Zellteilungen – sprich zu Krebswachstum – kommen kann, bis hin zu Verhaltensänderungen beim Menschen, die irgendwelche Störungen im Allgemeinbefinden hervorrufen, Kopfschmerzen und dergleichen Dinge mehr.“

Und so steht die eine Aussage gegen die andere.

So ist natürlich auch die Frage, was aus der schnellen Welle so an Strahlen herauskommt. Das Bundesamt für Strahlenschutz meint, so gut wie nichts. Und so gut wie nichts bedeutet bei 130 getesteten Geräten durchschnittlich 0,06 mW/cm². Es gibt natürlich auch andere Ergebnisse, wie z. B. von der Fachhochschule in Fulda. Dort wurde in 73 Haushalten das Meßgerät angesetzt. Die Wissenschaftler wollten testen, ob die alten Mikrowellenherde evtl. schlechter sind als die neueren. Ihr Ergebnis: Die Geräte vor 1982 lagen unter 0,5 Milliwatt/cm². Aber bei den Mikrowellen ab Baujahr

1982 war eine Streuung zu erkennen, die sich um den Faktor 3 vergrößerte, bis 1,5 mW/cm². Die höchsten Werte lagen bei 2,7 mW/cm².

Prof. U. Kurfürst, Fachhochschule Fulda: „Der Zeitpunkt 1982 ist dabei sehr interessant. An diesem Datum wurde nämlich die DIN-Norm verabschiedet und der Effekt war, daß die Hersteller Freiheit nach oben bekommen haben, ihre Geräte technologisch einfacher nach Designergesichtspunkten zu bauen, nach Massenfertigungsgesichtspunkten, d. h. die Bleche wurden dünner, die Scharniere wurden einfacher.“

Der Kampf der Giganten begann, seit es den hauptsächlich von der Industrie festgelegten Emissionsgrenzwert gibt.

Das Institut für Elektromogforschung testete 1.420 Mikrowellenherde.

W. D. Rose, Institut für Elektromogforschung: „Beim Drittel dieser Geräte haben wir eine Mikrowellenintensität noch in zwei Metern Entfernung gemessen, die weit über der Intensität liegt, mit der Wissenschaftler in aller Welt Gehirnfunktionsstörungen, Konzentrationsstörungen und Erbgutveränderungen in Versuchen durchgeführt haben.“ Und noch etwas: Ein Gerät ist nicht wie das andere. Sprich, jede Mikrowelle hat ihre individuellen Abstrahlungen. Empfehlungen, daß ein Gerätehersteller die besten baut, gibt es nicht.

Prof. U. Kurfürst: „Das macht die Situation für den Käufer sehr schwierig, weil er nicht sagen kann, wie nach dem Test Stiftung Warentest, ich nehme das Gerät und habe dann ein gutes Gerät. Sondern eigentlich müßte er vorher die individuelle Leckstrahlung des Gerätes, das er erstehen will, messen, um zu sagen, er hat ein Gerät, das dem Stand des Möglichen entspricht.“

Freilandversuch: In zehn Metern Abstand ist die Abstrahlung eines Mikrowellenherdes noch immer zu messen: Und auch nach fast 50 Metern ist sie noch da. Die Wellen gehen durch Wände, sind in kilometerweiter Entfernung aufzufinden.

Prof. Käs: „Vorsorgegründe sind in den deutschen Grenzwerten nirgendwo getroffen wor-

Weiter auf der folgenden Seite

... Die Mikrowellenstrahlung

den, und ich möchte auf jeden Fall versuchen zu verhindern, daß wir durch unkontrollierte Handlungen und Belastungen in eine zweite Asbestsituation rutschen, wo wir später mit riesigen Summen korrigieren müssen, was man früher einfacher hätte haben können."

Kommen wir zur Frage, ob der Emissionsgrenzwert – sprich 5 mW/cm² – bei Hausfrauen in der Küche nach unten gesetzt werden könnte.

J. Schubert, Laborgerätehersteller: „Das wäre natürlich möglich, mit etwas mehr Aufwand, wenn man die Türdichtungen aufwendiger gestaltet aus Abschirmmaterial und Schirmfolien einsetzt, wäre es für ca. 30 DM sicherlich in der Massenfertigung zu machen, das sicher zu handhaben."

Und ganz zum Schluß noch ein Zitat aus den sechziger Jahren vom amerikanischen Wissenschaftler Dr. Zarat: „Die stärkste natürliche Quelle für die Mikrowellen ist die Sonne. Und nur darauf ist die Natur eingerichtet. Unsere Grenzwerte für Mikrowellen-Kochgeräte sind millionenfach höher angesetzt..."

Wer also das natürliche Spektrum und die Intensität der natürlichen elektromagnetischen Strahlung verändert, riskiert gesundheitliche Folgen, die noch nicht abzuschätzen sind. Auch die Bundesregierung räumt ein, daß es in diesem Bereich Forschungsbedarf gibt.

BI ELMAG,
48629 Metelen

Anmerkung der BI ELMAG Metelen:

Die Ozonschicht schützt uns vor ungewohnter Mikrowellenstrahlung der Sonne. Verändern wir diesen „Strahlenschutz“ durch den Abbau des Ozons um z. B. ein Prozent, hat dies 50.000 Fälle von Hautkrebs und 150.000 Fälle von Linsentrübung (grauer Star) zur Folge... (Spiegel 11.93).

Ärzte warnen vor „Öko-Kollaps“ beim Menschen

Ohne eine Verringerung von Giftstoffen in Umwelt und Nahrung drohe den Menschen ein „Öko-Kollaps“ — darauf hat jetzt die Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie (DGUHT) auf einer Tagung in Würzburg hingewiesen. Jeder vierte Deutsche hat den Angaben zufolge ein angegriffenes Immunsystem und leidet unter Allergien. Die wachsende Zahl von Erkrankungen sei der Ausdruck einer steigenden Ansammlung von Schadstoffen im Körper.

„Wir haben einen Punkt erreicht, der für viele Gifte keine zusätzliche Belastung mehr trägt“, warnte der Sprecher der Schadstoff-Forscher, Tino Merz. Ähnlich wie beim Kollaps von Ökosystemen, etwa beim Waldsterben, könne es zum „Öko-Kollaps“ beim Menschen kommen. Merz forderte ein Umdenken: Man müsse die Gesamtheit der schädigenden Stoffe bedenken. Hierzu müsse der Bau von Müllverbrennungsanlagen gestoppt und der Verkehr verringert werden.

Die Mediziner sprechen vom MCS-Syndrom. MCS steht für Multiple Chemical Sensitivity (Überempfindlichkeit für mehrere chemische Stoffe) und ist nach DGUHT-Darstellung eine zunehmend häufige Reaktion auf Chemikalien in Luft, Wasser und Nahrungsmitteln. Hauptsächlich geschädigt seien Immun- und Nervensystem sowie der Hormonhaushalt. Zum „Öko-Kollaps“ genüge dann bereits eine geringe Menge an Chemikalien, Rauch oder Duftstoffen. Die Beschwerden bei schleichender Vergiftung äußerten sich etwa in Kopfschmerzen, Schwindelgefühlen, Depressionen oder Schlafstörungen. Die Erfahrung zeige, daß MCS-Patienten oft jahrelang erfolglos behandelt würden, ohne daß die eigentliche Ursache aufgedeckt werde.

Der Würzburger Soziologe Professor Karl-Heinz Hillmann machte das materielle Wohlstands- und Wachstumsdenken für die zunehmende Umweltvergiftung verantwortlich. Informationen über die toxischen Belastungen würden ignoriert oder verdrängt.

dpa

Öko-Institut zitiert US-Studie

Globaler Niedergang der Atomindustrie?

BONN (AP): Weit höhere Kosten als bislang eingestanden, zunehmender Widerstand in der Bevölkerung, zur Neige gehende Uranvorräte und unzureichende technische Kapazitäten könnten nach Meinung des Öko-Instituts weltweit den Niedergang der Atomindustrie zur Folge haben. Das ist die Kernthese einer amerikanischen Studie, die das Freiburger Institut am Freitag in Bonn veröffentlichte.

Darin heißt es, daß die tatsächlichen Kosten der Atomenergie in den westlichen Industrieländern um 30 bis 100 Prozent höher lägen als von Energieversorgungsunternehmen und Staat angegeben. Ferner sei die Entsorgungsfrage ungelöst, „wenn nicht unlösbar“. Zudem sei der Bau von Kernkraftwerken so zurückgegangen, daß die Atomindustrie ohne erhebliche staatliche Subventionen ihre Kapazitäten für einen Wiederaufschwung verlieren könnte.

Heilbronner Stimme, 3. Dez. 1994

Frankfurter Rundschau, 25. Okt. 1994

Verbesserungen gibt es nur durch öffentlichen Druck

In der vorigen Ausgabe des Meßwert-Infos haben wir unter der Überschrift „Steigen des Engagement – sinkender Erfolg“ über eine eher pessimistische Erfolgchancenuntersuchung an Bürgerinitiativen berichtet. An dieser Stelle drucken wir nun einen Text von Martin Jänicke ab, ebenfalls Sozialwissenschaftler an der Freien Universität Berlin wie Rainer Schneider-Wilkes, der im Meßwert-Info 19/94 zu Wort gekommen ist. Martin Jänicke berichtet über Erfolge der Umweltbewegung in Deutschland und international. Seine Ergebnisse berechtigen eher zu Optimismus. Woran liegt das? Jänicke geht, anders als Schneider-Wilkes, nicht nur auf die beiden sich bekämpfenden Gruppierungen bei Umweltauseinandersetzungen ein, sondern bezieht auch die Rahmenbedingungen, insbesondere die öffentliche Meinung, mit ein. Der vielleicht wichtigste Satz seines kurzen Textes: „So spielten in kaum einem Fall Parteien und Parlamente eine zentrale Rolle.“ Das ist vielleicht keine neue Tatsache, aber eine, die ständig immer wieder in Vergessenheit gerät.

JF

Politische Erfolgsrezepte für den Umweltschutz gibt es nicht. Daher ist es um so interessanter, an konkreten Fällen zu studieren, wie erfolgreiche Umweltverbesserungen zustande kamen. Das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und die Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität (FFU) haben mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft 24 „Erfolgssfälle“ kritisch gesichtet.

Analysiert wurden Fallstudien deutlicher Umweltverbesserungen in Europa. Dazu gehörte die Reduzierung der Gewässerbelastung in Holland und Schweden ebenso wie die Luftreinhaltepolitik in Japan und Deutschland oder die Erfolge der spektakulären Greenpeace-Aktionen: Dank ihrer Bemühungen wurde in der österreichischen Papierindustrie chlorfreies Papier eingeführt und in der deutschen Elektroindustrie der FCKW-freie Kühlschrank FORON entwickelt.

Wichtigstes Ergebnis der Auswertung: Die Einflußfaktoren von Umweltpolitik müssen zum Teil neu bewertet werden. So spielten in kaum einem Fall Parteien und Parlamente eine zentrale Rolle. Auch die angewendeten Instrumente dürfen nicht überschätzt werden. Es kommt weniger darauf an, ob eine Umweltverbesserung über Abgaben, neue Grenzwerte oder Kooperationszwang zwischen Partnern erreicht wird, sondern eher, unter welchen Bedingungen dies geschieht.

Wirtschaftliche Krisenzeiten hemmen den Erfolg von Umweltschutzmaßnahmen, öffentlicher Druck und spektakuläre Aktionen von Umweltgruppen dagegen können ggf. auch einem „falschen“ Instrumentarium zur Wirksamkeit verhelfen. Entscheidende Bedeutung besitzen auch die Strategien der beteiligten Akteure – auch sie verändern sich im Laufe der Zeit.

Neben den Akteuren selbst – den Unternehmen, Behörden, Umweltgruppen oder Medien – spielt die Situation, in der agiert wird, eine entscheidende Rolle. In allen untersuchten Erfolgssfällen war eine öffentliche Diskussion oder gar massiver (öffentlicher) Druck im Spiel.

In der Mehrheit der Fälle fand während des Prozesses eine Interaktionsdynamik statt, deren Ausgang zu Beginn noch nicht absehbar war. Ereignisse wie beispielsweise konkrete Umweltschadensfälle spielten bei einem Drittel der ausgewählten Fälle eine Rolle. So hatte die Sandoz-Katastrophe großen Einfluß auf das ökologieorientierte Management der Ciba-Geigy

AG. Auch Maßnahmen eines anderen Landes oder die Wahrnehmung konkreter ökonomischer Vorteile können Einfluß haben.

Erwartungsgemäß hatten der Zentralstaat oder dezentrale staatliche Institutionen – wie Länder, Kommunen oder Regionen – in der Mehrheit der Fälle maßgeblichen Einfluß auf eine Veränderung. Klassisches Beispiel: Die Deutsche Großfeuerungsanlagenverordnung. Dialogstrategien, „networking“ und die Schaffung veränderter Informationslagen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Gezielte Informationsinputs über Gefahren und Auswege und deren Verarbeitung in „Verhandlungssystemen“ haben hier eine große Bedeutung. Neben den staatlichen Organen übernahmen die Umweltverbände den bedeutendsten Part. Deren Aktionen führen immer häufiger zu direkten Verhandlungslösungen und konkreten Veränderungen im Umweltbereich. Es gibt aber auch Unternehmen, die von sich aus umweltfreundliche Neuerungen einführen. So nahm eine dänische Handelskette alle PVC-haltigen Produkte aus ihrem Angebot.

Oft wurden Probleme nur verlagert

Was aber ist nun ein Erfolgsfall und was nicht? Oft genug mußte die Erfolgsbilanz relativiert werden, da die Probleme zum Teil nur verlagert wurden. So waren die spektakulären Erfolge durch Filteranlagen mit neuen Sonderabfällen verbunden. Viele Verbesserungen verloren auch durch Wachstumsprozesse ihre Bedeutung, waren also nicht dauerhaft. Insgesamt ergibt der Blick auf die Erfolgssfälle also nicht notwendig eine optimistische Perspektive. Er ist methodisch sinnlos, wenn nicht auch die Kategorie der Nichterfolgssfälle mit einbezogen wird. Entscheidend ist, daß die Umweltinnovationen nicht isoliert für sich betrachtet werden, sondern auch das breite untätige Mittelfeld – und die Gruppe derer, die die Umwelt massiv schädigen, mit in die Bilanz einbezogen werden. Die Analyse von „best practise“ in den letzten beiden Jahrzehnten läuft im Endeffekt darauf hinaus, daß nicht am Ende, sondern am (stofflichen) Ursprung der Verursacherkette interveniert werden muß. Das heißt also einmal mehr: Den Müll vermeiden, bevor er anfällt. Dazu müssen aber auch die Handlungsbedingungen umweltpolitischer Anspruchsgruppen und ihrer institutionellen Verbündeten systematisch verbessert werden – und damit das gesamte System der Meinungs- und Willensbildung.

Martin Jänicke

Prof. Martin Jänicke ist einer der Koordinatoren der Forschungsstelle Umweltschutz der FU Berlin.

AKW Obrigheim

Es ist weiterhin Bewegung im Fall des Atomkraftwerkes Obrigheim:

- Untersuchungsausschuß des Landtages von Baden-Württemberg wegen AKW Obrigheim
- AKW Obrigheim anders gebaut als genehmigt, u.a. geringere Reaktorwandstärke
- Klage des BUND gegen AKW Obrigheim
- und jetzt: nicht abgestellte Spröbruchgefahr.

Getrickst und großzügig geprüft

Ausschuß prüft Geschichte des Atomreaktors Obrigheim

Von Peter Henkel (Stuttgart)

In Stuttgart befaßt sich seit Monaten ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß mit dem Atomkraftwerk Obrigheim, dem ältesten kommerziell betriebenen Reaktor in Deutschland. Schon öfter als überflüssig verschrien, fördert der Ausschuß doch mit seinen Zeugnisaussagen allerlei Ungereimtheiten in der Genehmigungsgeschichte zutage.

Am vergangenen Freitag sagte Joseph Günther, mittlerweile pensionierter Atomaufsichtsbeamter zunächst im Arbeits- und dann im Umweltministerium, die Betreiber hätten ihn „hintergangen“, als er 1967 die entscheidende dritte Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für den 357-Megawatt-Reaktor abzeichnete. Wichtige technische Änderungen, den Reaktorkern und den Reaktordruckbehälter betreffend — so wurde die Wandstärke des letzteren von 19 auf 16 Zentimeter verringert und die Leistung erhöht, seien ihm verschwiegen worden. „Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich nie unterschrieben“, sagte Günther. Allerdings war er in Vertretung seines Chefs nur zwei oder drei Tage mit der Materie befaßt. Als er 1988 erneut für Obrigheim zuständig war, habe er festgestellt, „daß ich eine ganz andere Anlage genehmigt hatte“, als sie tatsächlich in der Nähe des nordbadischen Dorfes seit 1968 am Netz ist.

Am Beispiel Atomkraftwerk Obrigheim (KWO) können Historiker Glanz und Elend der Atomenergie illustrieren. Mitte September sang im Zeugenstand selbst ein Sozialdemokrat ihr hohes Lied: Hans-Otto Schwarz, baden-württembergischer Wirtschaftsminister von 1966 bis 1972, der die erste TEG erteilt hatte. Er dachte und denkt nur Gutes über die Atomenergie. Indessen räumt selbst der CDU-Abgeordnete Winfried Scheuermann ein, daß man „heute viel genauer dahinter gucken“ würde. Damit spielt er auf den Verdacht an, daß beim KWO von der Betreiberseite getrickst und von der staatlichen Aufsicht ziemlich großzügig geprüft worden ist — in einem für die sogenannte zivile Nutzung der Kernkraft damals rundum positiven Klima.

Stuttgarts Umweltminister Harald B. Schäfer (SPD), ein aus seinen Bundestagszeiten erprobter prinzipieller Gegner der Atomenergie, hat nach Bildung der Großen Koalition in Stuttgart vor zwei

Jahren den Weiterbetrieb des Reaktors empfohlen — derselben Anlage, die zwei Jahre zuvor vom damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) vom Netz genommen worden war, als Mannheimer Verwaltungsrichter urteilten, sie werde ohne abschließende Genehmigung, also rechtswidrig betrieben. Das Berliner Bundesverwaltungsgericht hob die Entscheidung auf. Seither läuft das KWO wieder — und beschert seinen Betreibern, großen Energieversorgungsunternehmen im Land, satte Einnahmen. Nach Erfüllung etlicher, viele Millionen Mark kostender Auflagen, die Schäfer gemacht hatte, gilt das von den Grünen immerzu als „Schrottreaktor“ verlästerte KWO als eines der mittlerweile weltweit am besten untersuchten Atomkraftwerke.

Die Grünen, die die Einsetzung des Ausschusses verlangt und durchgesetzt haben, verfolgen zwei Ziele: das historische Zusammenspiel von Betreibern, TÜV und Staat nachzuweisen sowie Minister Schäfer zumindest der Fahrlässigkeit zu überführen im Zusammenhang mit jener wochenlangen Prüfung im Sommer 1992, an deren Ende er grünes Licht gab. Notgedrungen, wie Schäfer immer wieder beteuert, denn sähe er eine juristisch tragfähige Grundlage dafür, würde er das KWO „lieber heute als morgen stilllegen“. In einen aussichtslosen Konflikt mit dem weisungsbefugten Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) will sich Schäfer jedenfalls nicht hineinbegeben.

Natürlich hat das Stuttgarter Umweltministerium ein Interesse darzutun, es habe gründlich genug geprüft. Der Ex-Beamte Günther wiederum muß sich fragen lassen, warum er 1967 ohne vollständige Aktenkenntnis sein Placet gab.

Es hat auch bisher kein Zeuge behauptet, Obrigheim sei nicht sicher. Allein diese Frage aber, so das Umweltministerium, kann laut Atomgesetz entscheidend dafür sein, ob Obrigheim weiter betrieben werden darf oder nicht. Dies wird der nächste Angriffspunkt für den Grünen-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn sein, der sich im Ausschuß überzeugt gibt, daß da noch Aufsehererregendes zutage treten wird. Die Leistungserhöhung habe womöglich die Versprödung des Reaktordruckgefäßes beschleunigt, lautet eine der in diesem Zusammenhang zentralen Hypothesen. Übrigens beschäftigen sich auch wieder Verwaltungsrichter in Mannheim mit dem KWO.

Bei aller Hoffnung auf baldige Stilllegung des AKW Obrigheim haben wir Unterländer da unsere Zweifel. Bislang hat in Atomfragen immer der Wirtschaftsminister Dr. Spöri (SPD) über den Umweltminister Schäfer (SPD) obsiegt.

Gutachten zu Obrigheim

Weiterbetrieb des AKW ist fraglich

he STUTTGART, 2. Dezember. Der Weiterbetrieb des umstrittenen Atomkraftwerks Obrigheim ist erneut in Frage gestellt. Wie die *FR* erfuhr, hat das Öko-Institut Darmstadt in einem Gutachten festgestellt, die Auflagen, die Baden-Württembergs Umweltminister Harald B. Schäfer (SPD) vor zwei Jahren gemacht hatte, seien nicht erfüllt worden. Schäfer hatte seinerzeit empfohlen, eine Genehmigung lediglich auf Widerruf zu erteilen, und seine abschließende Zustimmung für den Dauerbetrieb des ältesten kommerziellen Atomreaktors in Deutschland davon abhängig gemacht, daß die Betreiber des AKW diese Auflagen erfüllen.

Nach *FR*-Informationen wird vor allem die Frage der Spröbruchsicherheit beim Reaktordruckbehälter vom Gutachter des Öko-Instituts kritisch gesehen. Die Betreiber müßten nachweisen, daß das Material hier keine Mängel habe. Das halte der Gutachter aus Sicherheitsgründen für zwingend notwendig.

Das Umweltministerium als für die Sicherheit von Kernkraftwerken zuständige Aufsichtsbehörde prüft, wie in Stuttgart bestätigt wurde, das Darmstädter Gutachten derzeit „mit Hochdruck“.

Schäfer ist als Atomkritiker bekannt. Beobachter halten es für nicht mehr ausgeschlossen, daß der Minister die Genehmigung für den Betrieb des AKW Obrigheim widerrufen könnte, wenn sich das Gutachten des Öko-Instituts als korrekt herausstellt und die Betreiber nicht imstande sein sollten, die festgestellten Mängel und Risiken zu beseitigen.

Frankfurter Rundschau, 3. Dez. 1994

Frankfurter Rundschau, 25. Okt. 1994